

Ein Zeichen der Zeiten

von Yossi Alpher*

Der Hauptverantwortliche für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana hat am 11. Juli [2009] in einer Rede in London einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht. Er hat vorgeschlagen, dass – wenn die israelisch-palästinensischen Verhandlungen weiterhin sogar unter Beziehung einer „fassbaren Mediation“ und einem „festgesetzten Schlusspunkt“ ergebnislos bleiben sollten – der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen „die Anwendung der Zweistaatenlösung proklamieren..., den palästinensischen Staat als Vollmitglied der UN anerkennen und einen Kalender für seine Durchsetzung erstellen“ sollte. Ihnen würden ein internationaler Überwachungsmechanismus und Garantien folgen, [und] die arabischen Staaten würden sofort volle diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen.

Solanas Vorschlag ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen ist er ein ernsthafter Appell an die internationale Gemeinschaft, eine Lösung durchzusetzen. Zweitens kommt er von dem Vertreter einer Institution, der EU, die im allgemeinen nicht für fähig gehalten wird, eine starke außenpolitische Standpunkt zu präsentieren und durchzudrücken. Drittens, und höchst bezeichnend, mag dies keine gute Idee sein, aber sie ist ein Zeichen der Zeiten, das Israel beachten sollte.

Solana erinnert uns daran, dass die Politik in Ost-Jerusalem und in der Westbank Israel auf einen Kollisionskurs mit der internationalen Gemeinschaft geführt hat. Die Beweislage ist erdrückend. Nicht nur der Präsident der Vereinigten Staaten, sondern der Kongress hat ebenfalls die israelische Siedlungspolitik satt. Es gibt offenkundig ernsthafte Risse in der grundsätzlichen Unterstützung seitens der USA. Der Boykott diplomatischer Verbindungen zu Hamas zerbricht von Tag zu Tag weiter.

* Yossi Alpher ist neben Ghassan Khatib Herausgeber des Internet-Portals „bitterlemons“. Sein Beitrag erschien dort am 20.07.2009. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Reiner Bernstein.

www.reiner-bernstein.de

Wir haben im vergangenen Januar einen gerechten Krieg im Gazastreifen geführt, wo unser Verhalten auf humanitärer Ebene im Vergleich zu den USA und seinen Alliierten im Irak und in Afghanistan zahm war. Doch das schützt uns nicht länger vor Nachforschungen und vor weltweiter Verurteilung. Unserer ehemaliger Ministerpräsident Ehud Olmert hat den Palästinensern das beste Angebot gemacht, dass sie sich erhoffen konnten¹; dass es der palästinensische Führer Machmud Abbas zurückgewiesen hat, ist jedoch ein weiterer Anhaltspunkt dafür, dass die Palästinenser beim Aufbau ihres Staates erbärmlich versagt haben. Der Bruch zwischen Fatah und Hamas ist außerdem ein Ausdruck dieser Unfähigkeit. Aber nichts von dem hat den Druck [auf uns] vermindert, den Siedlungsbau zu beenden und die Westbank und Ost-Jerusalem zu verlassen.

So wie die Dinge stehen – mit der Weigerung der Regierung Netanyahu, den Siedlungsbau einzufrieren, mit der Weigerung von Abbas zu verhandeln, mit der Schwäche und der Halsstarrigkeit beider Seiten zu einer Vereinbarung und mit dem anscheinenden Entschluss von Präsident Barack Obama, auf einer multilateralen Basis voranzukommen – sollte Solanas Vorschlag eines nahen Tages vom Sicherheitsrat tatsächlich ernsthaft bedacht werden.

Doch ein Versuch der UN (oder eines anderen Akteurs in jener Angelegenheit), eine Lösung durchzusetzen, könnte ernste Spannungen in der Region erzeugen. Auf alle Fälle wäre er für Israel schlecht. Trotz Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Israel und den UN in den vergangenen Jahren bleibt die Objektivität der UN von einem israelischen Standpunkt aus bedenklich. Es gibt absolut keine Garantie, dass sie Israels legitime Sicherheitsinteressen bei einer auferlegten Regelung unterstützen würden. Nicht nur Israel, sondern auch manche arabische Akteure könnten eine UN-Lösung ablehnen.

42 Jahre lang haben manche von uns vorausgesehen, dass die Welt schließlich und letzten Endes von der Okkupation genug haben wird. Uns ist zunehmend die demographische Gefahr deutlich geworden, wenn wir in den Gebieten bleiben. Unsere Führer haben mit Zögern eine Anzahl Initiativen vorgelegt, die eine gewisse Zeit lang den Druck und die Gefahren niedergehalten haben, wenn wir etwas aufgeben wollten: in Oslo,

www.reiner-bernstein.de

in Hebron², in Camp David [und] der einseitige Rückzug aus dem Gazastreifen.

Die einzige Initiative, die Netanyahu offenkundig anbietet, ist „ein ökonomischer Frieden“. Doch wenn er damit ein internationales Diktat verhindern will, sollte er besser die Neuordnung seiner Koalition bedenken und weiterreichende Initiativen entwickeln. Er sollte damit beginnen, vier sich nicht gegenseitig ausschließende Dinge zu überlegen: einen weiteren einseitigen Rückzug aus der Westbank; dort ansetzen, wo Olmerts Zweistaatenvorschlag endete und dabei die USA sowie arabischen Druck auf Abbas einbeziehen; Hamas im Gazastreifen ansprechen und schließlich den Friedensprozess mit Syrien anfachen.

¹ Nach einem Bericht von Aluf Benn in „Haaretz“ hat Ehud Olmert am 13.09.2008 – dem Tag, an dem er seinen Rücktritt vom Amt des israelischen Ministerpräsidenten ankündigte – bei der Begegnung mit dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas eine Karte vorgelegt, wonach Israel auf 93,5 Prozent der Westbank verzichten wolle und für die Siedlungsblöcke Gush Etzion, Maale Adumim und Ariel zu einem Gebietsaustausch in den südlichen Hebron-Bergen, im Judäischen Bergland und im Tal von Beit Shean in der Größenordnung von 5,8 Prozent bereit sei. Der Rest von 1,7 Prozent solle für den Korridor zwischen der Westbank und dem Gazastreifen Verwendung finden. Für Jerusalem schlage er – Olmert – vor, dass die Souveränität über die jüdischen und palästinensischen Stadtviertel geteilt werde und dass die Altstadt und ihr Umfeld (das „Holy Basin“) keiner Souveränität unterstellt werden, sondern unter die Verwaltung einer internationalen Behörde unter Beteiligung Israels, Palästinas, der USA, Jordaniens und Saudi-Arabiens gestellt werde. Im Bezug auf die Flüchtlingsfrage habe Olmert das Recht auf Rückkehr abgelehnt, sei aber bereit gewesen, zwischen 2000 und 3000 Flüchtlinge in den kommenden fünf Jahren aufzunehmen – „so viel, wie in die Muqata [Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah] hineinpassen“. Olmert habe es abgelehnt, Abbas die vorgelegte Karte nach Ramallah mitzugeben, es sei denn der Präsident unterzeichne sie sofort. Daraufhin habe Abbas angekündigt, am 14.09.2008 nach dem Studium der Details gemeinsam mit seinem Chefunterhändler Saeb Erakat zurückzukommen, habe aber diese Zusage nicht eingehalten, auch telefonisch habe er sich nicht abgemeldet. Vielmehr habe er in einem Interview mit der „Washington Post“ Olmerts Angebote als unzureichend abgelehnt, während Erakat auf der vollen palästinensischen Souveränität über den „Haram al-Sharif“ (= „Nobles Heiligtum“, „Tempelberg“) beharrt habe.

² Am 15.01.1997 unterzeichneten die israelische Regierung (Benjamin Netanyahu) und die Palästinensische Autonomiebehörde (Yasser Arafat) das „Protocol Concerning the Redeployment in Hebron“. Gemäß Art. 2 übernahm die palästinensische Polizei die Verantwortung in Abschnitt H-1, während sich Israel alle Rechte und Verantwortlichkeiten für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung in Abschnitt H-2 vorbehielt.